

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Dr. Anke Frieling, Dennis Thering,  
Ralf Niedmers, Silke Seif, Eckard Graage (CDU) und Fraktion**

### **Betr.: KI-Landesassistenten in Hamburg umsetzen**

Das Bundesland Baden-Württemberg hat eine wegweisende Vorreiterrolle in der digitalen Verwaltungstransformation eingenommen, indem es als erstes Land eine eigene KI-Verwaltungsassistenten eingeführt hat. Diese wegweisende Initiative wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Heidelberger KI-Unternehmen Aleph Alpha und dem landeseigenen Innovationslabor (InnoLab\_bw) umgesetzt. Das entwickelte KI-System, F13 genannt, hat erheblich dazu beigetragen, die Verarbeitung und Erstellung von üblichen Schriftvorgängen in der Verwaltung zu beschleunigen und die Mitarbeiter des Landes in ihrer Arbeit zu unterstützen. Dieser Schritt ist nicht nur für andere Bundesländer, sondern auch für den Bund und Kommunen von erheblichem Interesse, wie sich bei der öffentlichen Präsentation und anschließenden Diskussion im GovTech Campus in Berlin gezeigt hat.

Die Umsetzung dieser Innovation ermöglicht nicht nur eine schnellere Texterstellung, sondern gewährleistet auch die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen, die bei privaten Unternehmen, insbesondere amerikanischen Firmen, oft nicht gewährleistet sind.

In der Drs. 22/12876 informiert der Senat darüber, dass derzeit ein behördenübergreifender Pilotversuch mit ausgewählten Testgruppen (unter dem Arbeitstitel LLMoin) auf der Grundlage des allgemeinen Interesses der Behörden durchgeführt wird. Das Ziel dieses Pilotprojekts besteht darin, den Mehrwert einer solchen Lösung zu validieren, die spezifischen Anforderungen der Nutzer zu verstehen und einen realistischen Eindruck von der Leistungsfähigkeit eines solchen Systems zu gewinnen.

Es bleibt jedoch fraglich, welche Aspekte noch getestet und geprüft werden müssen, da bereits viele Unternehmen eine ähnliche KI-Verwaltungsassistenten nutzen. Es besteht die Gefahr, dass hier Zeit verschwendet wird, die den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dabei helfen könnte, Vorgänge schneller, effizienter und in größerem Umfang zu bearbeiten. Unser vorrangiges Ziel sollte es sein, die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu steigern und Ressourcen freizusetzen. Der Senat sollte diese Chance endlich nutzen und vorantreiben.

### **Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

#### **Der Senat wird ersucht,**

1. eine KI-Verwaltungsassistenten für die öffentliche Verwaltung einzuführen. Dabei ist zu prüfen, ob die KI-Verwaltungsassistenten von Baden-Württemberg genutzt werden kann.
2. der Bürgerschaft bis zum 30.12.2023 zu berichten.